18. September 2023 | Ankünfte in Lampedusa - Solidarität und Widerstand angesichts der europäischen Aufnahmekrise!

Zusammen mit 80 anderen Organisationen haben wir diese Erklärung am 18.09.2023 unterschrieben:

Nach der Ankunft einer Rekordzahl von Menschen auf der Flucht auf der Insel Lampedusa müssen wir als Zivilgesellschaft unsere tiefe Besorgnis über die Sicherheitsmaßnahmen der europäischen Staaten und die Aufnahmekrise zum Ausdruck bringen und unsere Solidarität mit den Menschen auf der Flucht bekräftigen, die in Europa ankommen.

Mehr als 5.000 Menschen und 112 Boote: Das ist die Zahl der Ankünfte auf der italienischen Insel Lampedusa am Dienstag, den 12. September. Die Boote, von denen die meisten autonom ankamen, kamen von Tunesien oder Libyen.

Insgesamt haben seit Jahresbeginn mehr als 118.500 Menschen die italienische Küste erreicht, fast doppelt so viele wie die 64.529, die im gleichen Zeitraum des Jahres 2022 gezählt wurden (1).

21. Juni 2022 | Pressemitteilung zur Welternährungskonferenz in Berlin: Zivilgesellschaft fordert politisches Handeln gegen die globale Ernährungskrise

Anlässlich der Welternährungskonferenz „Uniting for Global Food Security“ am 24.6.2022 in Berlin, zu der die Bundesministerien des Auswärtigen, für wirtschaftliche Zusammenarbeit und für Landwirtschaft und Ernährung geladen haben, fordert ein breites Bündnis* von entwicklungspolitischen, bäuerlichen, Umwelt- und Menschenrechts-Organisationen die Beendigung der Spekulation mit Nahrungsmitteln.

Nötig sei ein konsequentes Umsteuern: Das Primat des Handelns müsse die Sicherung der Ernährung sein und nicht ökonomische Interessen. Darum müssten Agrarrohstoffmärkte effektiv überwacht und reguliert werden.

20. März 2022 | Stellungnahme zu den transnationalen Folgen des Kriegs in der Ukraine auf die Nahrungsmittelunsicherheit in vielen afrikanischen Ländern [dt/engl/fr]

Nein zum Freihandelsregime! Solidarische Praxis für ein Recht auf Ernährungssouveränität! Lokale, kleinbäuerliche Landwirtschaft stärken! Hungerkrisen aktiv vorbeugen! WTO-Waiver 2.0!

Eine solidarische Praxis gegen die Folgen des Krieges in der Ukraine muss über den Tellerrand des eigenen Kontinents hinausschauen und auch beinhalten, die Folgen des Krieges auf Ernährungsunsicherheit und Hunger aktiv abzufedern.

Unser Netzwerk hat sich kürzlich in zwei Presseerklärungen vom 01. und 05. März 2022 Grenzkontrollen und rassistischem Ausschluss bei der Aufnahme von Kriegsgeflüchteten aus der Ukraine geäußert [1].

05. März 2022 | Für die Aufnahme aller Kriegsgeflüchteten aus der Ukraine! Nein zu rassistischem Ausschluss! [dt/engl/fr]

Erklärung von Afrique-Europe-Interact

Wir begrüßen es, dass die Staaten der EU am 3. März 2022 die Massenzustrom-Richtlinie aktiviert haben und damit den Weg frei gemacht haben für eine schnelle und unkomplizierte Aufnahme von Kriegsgeflüchteten aus der Ukraine. Menschen, die vor dem Krieg fliehen, bekommen dadurch einen vorerst zeitlich begrenzten, aber auf Beschluss der Innenminister*innen verlängerbaren Schutzstatus, den sie, anders als bei Asylanträgen, nicht in einem individuellen Verfahren belegen müssen. Die Massenzustrom-Richtlinie garantiert für die Kriegsgeflüchteten auch Mindeststandards wie das Recht, Arbeit aufzunehmen, Zugang zu Sozialsystemen und Zugang zu Bildung.

01. März 2022 | Erklärung von Afrique-Europe-Interact zu rassistischen Kontrollen bei der Flucht aus der Ukraine

Nein zum Krieg! Recht auf Flucht und Grenzen auf für ALLE!
Für solidarischen Reise-Support und Aufnahme ohne rassistische Ausschlüsse!

Seit dem 24. Februar 2022 führt der russische Staat einen verbrecherischen Angriffkrieg gegen die Menschen in der Ukraine. Nach Jahrzehnten blutiger Kriege im Kongo, in den Sahel-Ländern, im Sudan und Südsudan, in Yemen, in Syrien, in Kurdistan, in Afghanistan und in anderen Teilen der Welt, an denen stets europäische Akteur*innen mit beteiligt waren und europäische Firmen mit verdient haben, ist der Krieg mit allen unmenschlichen Folgen zurück in Europa. Immer mehr Menschen flüchten aus der Ukraine nach Polen, in die Slowakei und nach Ungarn und von dort oft weiter dorthin, wo sie auf sichere Aufnahme hoffen. Vielerorts haben Anwohner*innen innerhalb weniger Tage Strukturen für solidarische Aufnahme und Reiseunterstützung geschaffen.

19. Oktober 2021 | Aufruf zur Solidarisch geht anders! - Gerechtigkeit jetzt! Demo

Am Sonntag, den 24.10.2021 gehen wir alle für eine soziale und ökologische Transformation auf die Straße! Kommt zur Demo um 11:30 auf dem Platz der Republik in Berlin!

Oktober 2021: Das ganze Land schaut nach Berlin. Von den Koalitionsverhandlungen werden Entscheidungen mit großer Tragweite für Deutschland und die Welt erwartet.

20. August 2021 | AEI unterstützt Demo zu Afghanistan. Wir fordern: Verantwortung übernehmen – Aufnahme jetzt!

Wir zeigen uns solidarisch mit den Menschen in Afghanistan und rufen alle auf, am Sonntag, dem 22. August mit vor dem Bundeskanzler*innenamt zu demonstrieren. Deutschland muss jetzt seiner Verantwortung nachkommen und möglichst viele Menschen aufnehmen.

Am Sonntag gehen wir alle für sichere Fluchtwege aus Afghanistan und die Aufnahme der gefährdeten Menschen auf die Straße! **Kommt zur Demo am Sonntag um 13:00 in Berlin!**

18. Juni 2021 | AEI unterstützt bundesweite Aktionswoche für solidarische Gesundheit – Kundgebungen in Berlin, Erfurt, Freiburg und weiteren Städten

In zehn deutschen Städten beteiligten sich hunderte Menschen an den Aktionstagen zu solidarischer Gesundheit, zu der das Bündnis “Solidarisch geht anders” in der zweiten Juniwoche aufgerufen hatte. Die Gruppen forderten die Freigabe von Patenten auf Corona-Impfstoffe und andere lebensrettende Medikamente sowie die Abkehr von einer Profitorientierung im Gesundheitswesen. Ein Highlight der Woche war die Demonstration “Gebt die Patente frei” am vergangenen Sonntag in Berlin, auf der auch ein Redebeitrag von AEI verlesen wurde. Morgen endet die Aktionswoche in Bielefeld mit einer Kundgebung der Seebrücke zum Thema “Gleiche Rechte für alle Menschen – gegen Rassismus und AusGrenzung!”, die sich der Forderung nach einer solidarischen Gesundheitsversorgung anschließt.

Das Bündnis “Solidarisch geht anders”, in dem auch AEI vertreten ist, wird von über 80 Organisationen und Akteuren aus sozialen Bewegungen getragen. Einen vollständigen Überblick über die Aktionen der letzten 10 Tagen finden Sie hier.

22. Mai 2021 | Erklärung zum Aktionstag "Bewegungsfreiheit statt Abschiebungen": Nein zu Abschiebungen aus Algerien in den Niger! Nein zur Kriminalisierung von Migration und der Schließung von Grenzen und Migrationsrouten im Niger!

Die folgende Erklärung stammt vom Koordinationskomitee des Alarme Phone Sahara in Agadez, Niger, und wurde im Rahmen des Aktionstags Bewegungsfreiheit statt Abschiebungen an seine Exzellenz Herrn Botschafter Souleymane Issakou übergeben.

Die französische Version befindet sich hier

22. Mai 2021 | Erklärung zum Aktionstag "Bewegungsfreiheit statt Abschiebungen": Nein zu den Abschiebungen aus Algerien nach Niger und Mali! Schluss mit Verfolgung und Gewalt gegen Migrant*innen!

Die folgende Erklärung stammt vom Koordinationskomitee des Alarme Phone Sahara in Agadez, Niger, und wurde im Rahmen des Aktionstags Bewegungsfreiheit statt Abschiebungen an die algerische Botschaft in Berlin übergeben.

Die französische Version befindet sich hier

20. Mai 2021 | Solidarisch geht anders! Raus aus der Krise – nicht zurück

Gerade jetzt in Zeiten der Coronapandmie und auch in Hinblick auf den kommenden Bundestagswahlkampf werden die Weichen gestellt für eine zukünftige Gesellschaft nach Corona. Wir haben uns dem bewegungsübergreifenden Bündnis „Solidarisch geht Anders!“ angeschlossen, denn wir sind überzeugt: Eine andere, transnationale Solidarität, die nicht an Landesgrenzen oder den Grenzen Europas endet, ist möglich! Gemeinsam mit Bewegungen für Klimagerechtigkeit, für solidarische Gesundheit und für soziale Gerechtigkeit sowie mit feministischen und anti-rassistischen Bewegungen wollen wir für eine solche, andere Solidarität streiten. Gemeinsam sagen wir: Wir wollen raus aus der Krise, nicht zurück!

Der Aufruf des Bündnisses kann hier unterzeichnet werden.

05. April 2021 | Statement des #unteilbar Bündnisses anlässlich erneuter Mobilisierungen von „Querdenken“ und anderen Pandemieleugner*innen im Frühling 2021

Das Statement kann auf der Webseite des #unteilbar Bündnisses unterzeichnet werden.

Egoismus und Rücksichtslosigkeit zerstören den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Wer sich „Querdenken“ anschließt, fordert eine Gesellschaft, in der die gesundheitlichen Gefahren für Millionen Menschen geleugnet werden und in der antisemitisch konnotierte Verschwörungserzählungen an die Stelle von überprüfbaren Fakten treten; in der die demokratische Debatte durch das Recht der Stärkeren ersetzt und die Zusammenarbeit mit Faschist*innen zur Normalität wird. In einer solchen Gesellschaft wollen wir nicht leben. Viele von uns würden sie nicht überleben.

18. Februar 2021 | Statement aus der Klimagerechtigkeitsbewegung zum Jahrestag des Anschlags von Hanau

Als Netzwerk unterstützen wir den folgenden Aufruf zum ersten Jahrestag des rassistischen Anschlags in Hanau, der von verschiedenen Gruppen aus der Klimagerechtigkeitsbewegung initiiert wurde. Denn der Kampf für Klimagerechtigkeit ist zugleich ein Kampf gegen Rassismus – sowohl in Deutschland als auch in westafrikanischen Staaten.

“Es sind diese fließenden Formen rechten Terrors, die in den Handlungen Einzelner ihre mörderische Zuspitzung und Folge finden und damit niemals Einzeltaten sind. Schluss damit! Damit wir keine Angst mehr haben müssen, muss es politische Konsequenzen geben.” Initiative 19. Februar Hanau

27. Oktober 2020 | Offener Brief und Pressemitteilung: Exportstopp verbotene Pestizide

Mit einem heute veröffentlichten Brief an Landwirtschaftsministerin Julia Klöckner (CDU) und Wirtschaftsminister Peter Altmaier (CDU) fordern die Entwicklungsorganisation INKOTA und das Pestizid Aktions-Netzwerk (PAN Germany) gemeinsam mit 58 weiteren Nichtregierungsorganisationen ein Exportverbot von in der EU verbotenen Pestiziden. Mit dieser Forderung schließen sie an jüngste Entwicklungen in der Schweiz und in Frankreich an, die Exportverbote bereits auf den Weg gebracht haben. Auch die EU-Kommission hat mit der kürzlich vorgestellten Chemikalienstrategie die Weichen hin zu einem Exportstopp für verbotene Pestizide gestellt. Afrique-Europe-Interact gehört zu den Unterstützern des Briefes – deshalb dokumentieren wir hier die Pressemitteilung der Initiatoren sowie den Brief selbst.

„Während die EU-Kommission ein Pestizidexportverbot vorschlägt und auch unsere Nachbarn Frankreich und die Schweiz Exportstopps einführen, schaut die Bundesregierung tatenlos zu“, sagt Lena Luig, Referentin für globale Landwirtschaft und Welternährung bei INKOTA. „Dabei trägt sie mit den Pestizidgiganten Bayer und BASF im Land eine besondere, globale Verantwortung.“ Bayer ist aktuell der zweitgrößte und BASF der drittgrößte Pestizidkonzern der Welt.

06. Oktober 2020 | Massenabschiebungen von Algerien und Marokko nach Subsahara-Afrika

*Vorbemerkung: Seit vielen Jahren schiebt Algerien immer wieder Migrant*innen und Geflüchtete*

*aus Subsahara-Afrika an die algerisch-nigrische Grenze mitten in der Sahara ab. Von dort müssen die Abgeschobenen zunächst 15 Kilometer bis in das auf nigrischer Seite gelegene Grenzdorf Assamaka laufen – lediglich die nigrischen Abgeschobenen werden direkt bis nach Assamaka gebracht. Von Assamaka geht es dann in Bussen oder auf LKWs 452 Kilometer weiter bis nach Agadez am Südrand der Sahara. Und von dort wiederum organisiert die International Organisation of Migration (IOM) die Rückkehr in die jeweiligen Heimatländer – mit Ausnahme all jener Migrant*innen und Geflüchteten, die einen abermaligen Versuch Richtung Nordafrika bzw. Europa unternehmen möchten. Mit Blick auf neuerliche Massenabschiebungen in die Wüste hat das Alarme Phone Sahara am 6. Oktober 2020 folgende Pressemitteilung veröffentlicht.*

++++++++++++++++++++++

Erneute Abschiebewelle von Algerien nach Niger +++ Auch aus Marokko werden Abschiebungen nach Subsahara-Afrika gemeldet +++ Die Menschenrechtsorganisation Alarme Phone Sahara verurteilt das rassistische Vorgehen der Maghrebstaaten sowie die Zusammenarbeit der Maghrebstaaten mit der europäischen Abschottungspolitik +++

11. September 2020 | Proteste in zahlreichen Ländern gegen das Gnassingbé-Regime in Togo +++ Zwei Kundgebungen in Berlin +++

An verschiedenen Orten gehen heute (11. September 2020) Mitglieder der togoischen Diaspora auf die Straße – unter anderem in Berlin, wo zwei Kundgebungen stattfinden: Um 10 Uhr vor der togoischen Botschaft (Grabbeallee 43) und um 13 Uhr am Hauptbahnhof.

Die Proteste richten sich in erster Linie gegen die Familiendiktatur des Gnassingbé-Clans, der das westafrikanische Land seit über 53 Jahren fest im Griff hält. In diesem Zusammenhang wird insbesondere gefordert, dass die Wahlergebnisse der Präsidentschaftswahlen am 22. Februar 2020 endlich bekannt gegeben werden. Denn bis heute liegt nur ein pauschales Wahlergebnis vor, nicht jedoch die Auszählung für die einzelnen Wahlbezirke. Entsprechend vermutet die Opposition, dass nicht Faure Gnassingbé die Wahlen gewonnen hat, sondern sein Herausforderer Agbeyomé Kodjo. Darüber hinaus kritisieren die Organisator*innen der heutigen Proteste die enge Zusammenarbeit der europäischen Regierungen mit dem togoischen Regime. Das ist der Grund, weshalb sich auch zahlreiche togoische Geflüchtete an den Protesten beteiligen. Viele sind unmittelbar von Abschiebung bedroht – trotz der hochgradig unsicheren Lage in dem Land.

05. September 2020 | Antirassistischer Aktionstag: Bundesweiter Aufruf zu dezentralen Protesten

United against Racism – Für eine Gesellschaft der Vielen!

United against Racism – Für eine Gesellschaft der Vielen! Am 5. September gehen wir alle zusammen auf die Straßen und zeigen laut und deutlich in was für einer Gesellschaft wir leben wollen: in einer Gesellschaft ohne Rassismus! Genau fünf Jahre nach dem „March of Hope“. Denn der September 2015 war ein Lichtblick. Ein historischer Durchbruch gegen das Grenzregime, nicht nur auf der Balkanroute. Eine Dynamik des Kommens und Willkommens, die wir nicht vergessen werden. Und für die wir weiter streiten: trotz und gegen das anhaltende Rollback der rassistischen Gesetze und Hetze.

Jeden Tag erleben wir es aufs Neue: Rassismus verletzt, Rassismus tötet. Ob mit der Abschottungspolitik an den europäischen Außengrenzen, beim Sterbenlassen im Mittelmeer, beim racial profiling in den Innenstädten, mit der Zwangsunterbringung von Geflüchteten in Lagern, mit Abschiebungen und Abschiebehaft, der Wohnungssuche und der Ungleichbehandlung auf dem Arbeitsmarkt, in Schulen und Universitäten, der Behördenwillkür, am Stammtisch und im Internet. Genau diese Politik legt die Grundsteine für rassistischen Mord und Terror. Rassismus strukturiert und durchzieht unsere Gesellschaft und muss von uns allen gleichermaßen bekämpft und verlernt werden.

06. August 2020 | Unterstützungsaufruf zur Demonstration gegen Rassismus und Rechtsextremismus

Die Angehörigen der Opfer des rassistischen Terroranschlags vom 19. Februar in Hanau, Überlebende und UnterstützerInnen rufen für den 22. August 2020, sechs Monate nach dem gewaltsamen Tod von neun Menschen, zur Demonstration und Kundgebung nach Hanau auf.

Die Hinterbliebenen, Verletzten und Überlebenden fordern:

- ein würdevolles, von ihnen gestaltetes Gedenken und Erinnern im öffentlichen Raum;
- Gerechtigkeit und Entschädigung;
- lückenlose Aufklärung der Tat und der Verantwortung staatlicher Behörden für das Attentat;
- dringend notwendige politische Konsequenzen in Hessen ebenso wie bundesweit.

26. April 2020 | Corona in Erstaufnahmestelle Bremen: Treten Sie zurück, Frau Stahmann! (Pressemitteilung)

26. April 2020: Transnationales Netzwerk Afrique-Europe-Interact fordert Rücktritt von Bremens Sozialsenatorin Anja Stahmann (Bündnis90/Die Grünen) nach Corona-Masseninfektion in der Erstaufnahmeeinrichtung für Geflüchtete in der Lindenstraße +++ Afrique-Europe-Interact unterstützt zudem die Forderung der zivilgesellschaftlichen Organisationen „Together we are Bremen“, „Bremer Flüchtlingsrat“ und „MediNetz Bremen“ nach sofortiger Schließung der Erstaufnahmeeinrichtung Lindenstraße.

Das transnationale Netzwerk Afrique-Europe-Interact (das mit einer Mitgliedsgruppe auch in Bremen vertreten ist) fordert Anja Stahmann – die Senatorin für Soziales, Jugend, Integration und Sport – zum Rücktritt auf. Ausschlaggebend für diese Rücktrittforderung ist weniger, dass es der zuständigen Sozialbehörde nicht gelungen ist, den massenhaften Corona-Ausbruch in der Bremer Erstaufnahmeeinrichtung Lindenstraße zu verhindern (mit mindestens 133 infizierten Geflüchteten). Denn hierfür trägt Anja Stahmann nicht die alleinige Verantwortung, das hat die politische Debatte in den letzten Wochen hinreichend gezeigt.
Afrique-Europe-Interact geht es vielmehr um die Art und Weise, wie Anja Stahmann über dieses (von ihr maßgeblich mitverantwortete) Infektionsgeschehen spricht. Denn ihre gegenüber der Presse am 23.04.2020 getätigten Äußerungen waren von fehlender Sachkenntnis, Bagatellisierung und Diskriminierung geprägt.

24. April 2020 | Aufruf für Legalisierung und Solidarität

COVID 19 und wie die aktuelle Pandemiekrise illegalisierte Personen betrifft

Aufruf für Legalisierung und Solidarität

„Wir gehen gerade alle durch einen sehr schwierigen ökonomischen Moment, denn wir leben von der täglichen Arbeit, um unser Zimmer zu bezahlen und um uns mit Essen zu versorgen und in meinem Fall, auch um meine Tochter zu versorgen. In der Woche finde ich nur ein oder zwei Jobs. Deswegen sind wir sehr besorgt, denn wir haben keine Papiere. Wir sind illegalisierte Menschen. Wir haben keine anderen Mittel, Geld zu verdienen. Es ist frustrierend für uns. Wir wissen nicht, wie lange das Virus dauern wird. Wir sind besorgt, denn wir alle gehen Risiken ein.“ (O-Ton einer Betroffenen)

Mehr Erfahrungsberichte unter: http://www.respectberlin.org/wordpress/

Viele Menschen leben illegalisiert in Deutschland. Die Gründe sind vielfältig: Vielen von ihnen wurde politisches Asyl verweigert. Aus Angst vor Repression in ihren Ländern entschieden sie sich, in den Untergrund zu gehen. Andere sind als Tourist*innen gekommen und haben beschlossen, hier zu bleiben, um zu arbeiten und ihren Familien in ihren Herkunftsländern zu helfen.
Die Ursache dieser Situation ist die Ungleichheit zwischen dem Globalen Süden und Norden. So wie viele Europäer*innen in Krisenzeiten nach Lateinamerika ausgewandert sind, wandern auch heute Menschen auf der Suche nach einem besseren Leben aus oder fliehen vor Unterdrückung.

June 2019 | Urgent action: Stop the Attacks on Nonviolent Protesters and Civilians in Sudan! [Protest letters: see below]

Respect the Will of the People for a Civilian Government!

n 3rd June 2019, the Sudanese paramilitary “Rapid Support Forces” (RSF) attacked the sit-in outside the Army Headquarter in Khartoum, where thousands of protesters have gathered peacefully since 6th April to demand a transition to civilian rule. According to international media, at least 35 were killed and many more injured on 3rd June alone. The Central Committee of Sudan Doctors furthermore reports on 5th June of 40 bodies in addition being taken out of the Nile by the RSF and brought to an unknown location, after dumping them in the Nile during the massacre. In parallel, paramilitary attacked similar protest sights in Atbara, Damazin and ElNahud.

Since 4th June, the RSF is raging through Khartoum and other cities, doing what they did before as Janjaweed in Darfur: killing, raping, stealing, abducting and spreading terror among the civilian population. Their leader, General Mohamed Hamdan Daglo (called “Hemeti”), is the vice leader of a so-called “Transitional Military Council” – by Sudanese activists being dubbed “Coup Council” – which took over after 30 year military dictator Omar Al-Bashir, was forced out of office by massive nonviolent protest since December 2018, and so was his predecessor General Ibn Auf less than 24 h later.

07. Mai 2018 | Erklärung zu Ellwangen (englisch und französisch: weiter unten)

Zivilcourage ist notwendig, nicht kriminell - Solidarität mit dem Widerstand geflüchteter Menschen gegen Abschiebungen!

Erklärung von: Afrique-Europe-Interact, ATE (Association Togolaise des Expulsés // Togoische Vereinigung der Abgeschobenen, Sokodé/Togo), berlin postkolonial e.V., glokal e.V., Initiative

Schwarze Menschen in Deutschland (ISD), No Stress Tour, Urgence Togo

Erklärung zu den Geschehnissen in der Landeserstaufnahmestelle (LEA) für Asylsuchende in Ellwangen anlässlich der Verhinderung einer Abschiebung

Am 30. April 2018 verhinderten Bewohner*innen der Landeserstaufnahmestelle (LEA) für Asylsuchende in Ellwangen / Baden-Würtemberg gemeinsam die Dublin-Abschiebung eines jungen Mannes aus Togo nach Italien. Sie umstellten den Streifenwagen, mit dem die Polizei ihren Mitbewohner fortbringen wollte, und setzten durch, dass ihm Handschellen abgenommen werden mussten und er gehen konnte. Laut Berichten beteiligten sich an dieser Aktion des spontanen kollektiven Widerstands 150 bis 200 Menschen.

Wir möchten zunächst den beteiligten Bewohner*innen des Ellwanger Lagers unseren Dank und Respekt aussprechen. Sie haben das menschlich Naheliegende und Notwendige getan: einem bedrängten Menschen, der mit Zwang und Gewalt aus ihrer Mitte herausgerissen werden und abgeschoben werden sollte, zu Hilfe zu eilen. Sie haben mit ihren Körpern und ihren Stimmen gelebte Solidarität und Zivilcourage gegen einen übermächtigen Staatsapparat geleistet, obwohl ihr eigenes Leben in Deutschland mehr als prekär ist. Ihr Handeln ist ein Vorbild für alle von uns, die sich nicht mit einer Kultur der Abschiebungen abfinden wollen, in der es vermeintlich normal ist, wenn tagtäglich Menschen aus unserer Mitte herausgerissen werden.

15. Mai 2017 | Prozess wegen verhinderter Abschiebung in Brüssel (31.05.2017)

Wir müssen uns einmischen!

In einem Flugzeug von Brüssel nach Yaoundé, Kamerun kam es am 17. August 2016 zu dem Versuch der belgischen Grenzpolizei, einen Menschen ohne gültige Aufenthaltspapiere abzuschieben. Einige Passagiere, die diese schockierende und gewalttätige Szene kaum fassen konnten, haben mit einer spontanen, gewaltfreien Intervention die drohende Abschiebung erfolgreich verhindert. Aber zur allgemeinen Überraschung wurden wenige Minuten später sechs Passagiere gezwungen, das Flugzeug zu verlassen. Sie wurden kurz darauf mehrere Stunden von der belgischen Polizei befragt und bis zum nächsten Tag festgehalten. Ein paar Wochen nach dem Vorfall wurden diese sechs Passagiere zum Brüsseler Gerichtshof vorgeladen und angeklagt. Ihnen wird vorgeworfen mit einer gewaltsamen Rebellion gegen die Polizei und das Personal der Fluggesellschaft vorgegangen zu sein. Bei einer Verurteilung drohen hohe Geld- und sogar Gefängnisstrafen. Der Prozess findet am 31. Mai 2017 in Brüssel statt. Trésor, ein Berliner Aktivist von der Gruppe Voix des Migrantes und die anderen fünf Angeklagten benötigen Deine Unterstützung für die Kosten der Anwälte, sowie die Kosten für den Transport und die Mobilisierungskampagne.

09. November 2015 | Afrikanisch-Europäischer Migrationsgipfel: Offener Brief an Afrikanische Regierungen

Anlässlich des Afrikanisch-Europäischen Migrationsgipfels am 11./12. November 2015 in Valletta – der Hauptstadt Maltas – hat Afrique-Europe-Interact einen offenen Brief verfasst, der sich in erster Linie an die Afrikanischen Regierungen wendet. Der Brief kann weiter unten auch als PDF runtergeladen werden.

Offener Brief anlässlich des Afrikanisch-Europäischen Gipfels zu Migration in Valletta, Malta (11.11.-12.11.2015)

Sehr geehrte Botschafterinnen und Botschafter,
sehr geehrte MedienvertreterInnen,
sehr geehrte Damen und Herren,

dieser Brief richtet sich an die in Deutschland vertretenen Botschafterinnen und Botschafter jener afrikanischen Länder, die beim Afrikanisch-Europäischen Gipfel zu Migration in Valletta vertreten sein werden. Darüber hinaus möchten wir auch die europäische Öffentlichkeit und somit die europäische Politik adressieren. Denn als transnationales Netzwerk mit Mitgliedsgruppen in mehreren afrikanischen und europäischen Ländern befürchten wir, dass die Europäische Union in Valletta versuchen wird, ihre eigenen Interessen einmal mehr rücksichtlos durchzusetzen – auch unter Rückgriff auf ihre schiere ökonomische Überlegenheit.

10. September 2015 | Open Letter to those who are governing Western countries (by Emmanuel Mbolela)

Unser Mitstreiter Emmanuel Mbolela hat mit einem offenen Brief an die Regierenden der westlichen Welt auf die sich nunmehr auch in Europa selbst zuspitzende Flüchtlingskrise (September 2015) reagiert. Der Brief liegt bislang auf englisch und französisch (siehe unten) vor.

Dear governors of the western world,

In front of the chaotic and dramatic situation of the Syrian refugees which we bear witness to today, which adds up to many more, in particular those refugees fleeing African countries, and in front of which you have kept remarkably silent and complicit, which have now caught up with you, but which you feign to discover with the terrible images of the drowned baby Aylan (may his soul rest in peace), broadcasted these days by your countries' tv channel, I make it my citizen's duty to send you this letter. For me it is a way to express my solidarity and compassion for the Syrian refugees, as I have always done with other migrants and refugees from Africa, and as others have done with me when I was, together with fellow African refugees in the same situation of flight.Furthermore, I would like to express to you my indignation towards this situation which of course is a result, for one thing, of your domination politics, which you never cease to produce, day and night, in your laboratories, and for the rest, of the cynical, inhuman, and drastic so-called border-control measures which you have introduced.

05. November 2014 | Afrique-Europe-Interact Erklärung zur Ebola-Epidemie

Vorbemerkung: Auf der Grundlage einer gemeinsamen Debatte innerhalb der europäischen Sektion von Afrique-Europe-Interact haben der Filmemachter Richard Djimelie F. und der Schriftsteller Rodrigue Péguy Takou Ndie die folgende Deklaration verfasst. Beide kommen aus dem Kamerun und leben als Asylbewerber in Brandenburg.

Als der belgische Arzt Peter Piot vom Institut für Tropenmedizin Antwerpen im September 1976 das Ebola-Virus entdeckte, war man weit davon entfernt, an die Entstehung eines Übels zu denken, das 38 Jahre später die ganze Welt in Schrecken versetzt. Worum es uns heute geht, und dies ist Gegenstand dieser Erklärung, ist die Betrachtung des Umgangs mit dieser Epidemie aus einer rein sozio-politischen Perspektive.

04. August 2014 | Mare Nostrum: Widerstand von unten zwingt Europa zur Rettung

4. August 2014: An der Erarbeitung des vorliegenden Textes haben sich auch Aktive aus dem Netzwerk Afrique-Europe-Interact beteiligt

Mit folgendem Text wollen wir – Aktive aus unterschiedlichen migrations- und fluchtbezogenen Netzwerken – einige Überlegungen zur italienischen Marineoperation Mare Nostrum und somit zur aktuellen Situation im zentralen Mittelmeer zur Debatte stellen. Denn dort wurde in den vergangenen Monaten im Zusammenwirken von hartnäckig die Überfahrt wagenden Boatpeople sowie öffentlicher Kritik das EU-Migrationsregime in die Defensive gedrängt. Die Rettung jeder einzelnen Person – und das vieltausendfach – ist eine großartige Nachricht, die zudem einen Blick in die Zukunft ermöglicht: das Ende des Massengrabs im Mittelmeer.

23. November 2013 | Aufruf zu einem Schritt gegen Gewalt gegen Frauen: keine Lager für Frauen!

25.11.2013, 11 Uhr: Kundgebung vor dem Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Glinkastraße 24, 10117 Berlin, U-Bahnhof Französische Straße

Women in Exile and Friends haben den “Aufruf zu einem Schritt gegen Gewalt gegen Frauen: Keine Lager für Frauen!” initiiert, der von vielen Organisationen als Erstunterzeichner_innen unterstützt wird. Wir fordern die Abschaffung der Lager für Flüchtlinge und insbesondere die Unterbringung von asylsuchenden Frauen in Wohnungen. Am 25.11.2013, dem internationalen Tag gegen Gewalt gegen Frauen, übergeben wir den Apell und die Liste der Unterzeichner/innen dem Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend und tragen mit einer Kundgebung vor dem Ministerium unsere Forderungen lautstark in die Öffentlichkeit.

05. November 2012 | Welches Schicksal für die Flüchtlinge nach der Schließung des Lagers Choucha?

Erstunterzeichner: Forum für politische und soziale Rechte/Tunesien, Réseau Euro-Méditerranéen des Droits de l'Homme (REMDH), Réseau Afrique-Europe Interact (AEI), Forschungsgesellschaft Flucht und Migration (FFM – Allemagne)

Nach Aussagen des Flüchtlingskommissariats der Vereinten Nationen (UNHCR) wird das Flüchtlingslager Choucha, das zu Beginn des Jahres 2011 an der tunesisch-libyschen Grenze eröffnet wurde, demnächst geschlossen. Dies soll geschehen, obwohl noch mehr als 2000 Personen in dem Lager leben, mit oder ohne Flüchtlingsstatus.

17. Juni 2012 | Europäische Sektion von Afrique-Europe-Interact zu den Festnahmen von MigrantInnen in Marokko

Übersetzung aus dem Französischen:

Laut Informationen aus Marokko finden zur Zeit massenhaft Festnahmen und Abschiebungen von MigrantInnen an die marokkanisch-algerische Grenze statt. Diese Festnahmen und Rückschiebungen, deren Opfer MigrantInnen aus Subsahara-Afrika in Marokko sind, haben psychische und physische Folgen für die Betroffenen. Sie verletzen das „Gesetz 02-03“ hinsichtlich der Einreise von AusländerInnen nach Marokko sowie internationale Abkommen, die Marokko unterzeichnet hat, insbesondere die „Konvention über die Rechte von Wanderarbeitern und ihre Familien“ und die „Genfer Flüchtlingskonvention“ von 1959.

5. Dezember 2011 | 15. Geburtstag der Assoziation der

Abgeschobenen Malis (AME)

Glückwünsche der europäischen Sektion von Afrique-Europe-Interact

Zahlreiche Artikel zu Migration und Mali sowie zur Arbeit der AME können auf unserer Webseite unter der Kategorie Afrika & Migration nachgelesen werden

Das transnationale Netzwerk Afrique-Europe-Interact wird bislang von ganz verschiedenen Organisationen aus Mali, Deutschland, Österreich und den Niederlanden getragen – beteiligt sind zudem sind mehrere Gruppen bzw. Einzelpersonen aus Burkina Faso, Senegal, Togo, Kamerun und dem Kongo. Dennoch möchten wir anlässlich des 15. Geburtstags der „Assoziation der Abgeschobenen Malis“ (AME) in Erinnerung rufen, dass es unser Netzwerk ohne die Freunde und Freundinnen von der AME gar nicht geben würde.

Das Manifest für ein Europa der Humanität und Solidarität

Sechs Einsprüche gegen das Grenzregime

Das Manifest kann hier online unterzeichnet werden:

I. Das Mittelmeer wird zum Massengrab der namenlosen Flüchtlinge. Die Zahl der Ertrunkenen steigt. Die EU verschließt den Schutzsuchenden aus Nordafrika den Zugang, überlässt sie in unwirtlichen Wüstenlagern entlang der tunesisch-libyschen Grenze sich selbst. Allein in den ersten sieben Monaten dieses Jahres sind 1674 Flüchtlinge im Kanal von Sizilien ertrunken. Berichte über unterlassene Hilfeleistung durch Militärverbände oder kommerzielle Schiffe mehren sich. Das Flüchtlingsdrama im Mittelmeer verschärft sich – und Europa schaut zu. Menschen, die ihnen in Seenot helfen, werden angeklagt.